

Ausstellung von umsatzsteuerlich korrekten Rechnungen in der Arbeitsmedizin

Wolfgang Rehmet

1. Allgemeines

Der Gesetzgeber hat in § 14 des Umsatzsteuergesetzes definiert, welchen Inhalt eine Rechnung haben muss.

Nur eine korrekt ausgestellte Rechnung eröffnet dem Empfänger der Leistung den Vorsteuerabzug.

Erfolgt ein unrichtiger oder unberechtigter Steuerausweis von dem Rechnungsaussteller, so wird die unrichtig oder unberechtigt ausgewiesene Steuer geschuldet.

2. Welchen Inhalt muss eine korrekte Rechnung haben?

Unbeachtlich ist, ob die arbeitsmedizinische Tätigkeit in der Rechtsform einer Einzelpraxis ausgeübt wird, im Rahmen einer Gemeinschaftspraxis oder ob andere Rechtsformen, z. B. eine GmbH, gewählt wurden.

Zu unterscheiden ist jedoch, ob umsatzsteuerpflichtige Leistungen (z. B. Einstellungsuntersuchungen) erbracht werden oder ob diese steuerfrei sind (Leistungen i. S. d. § 3 Abs. 1 Nr. 2 ASI G).

Werden Gesamtleistungen erbracht, die teilweise steuerbefreit und teilweise steuerpflichtig sind, ist das Gesamtentgelt sachgerecht (in der Praxis Schätzung) aufzuteilen.

Da Arbeitsmediziner regelmäßig Umsätze an andere Unternehmer für deren Unternehmen erbringen, sind sie verpflichtet, innerhalb von sechs Monaten nach Ausführung der Leistung eine Rechnung auszustellen.

Es ist darauf zu achten, dass bei steuerfreien Leistungen keine Umsatzsteuer in Rechnung gestellt wird.

Erfolgt das irrtümlicherweise, dann ist die in der Rechnung ausgewiesene Umsatzsteuer, obwohl der Umsatz steuerfrei ist, an das Finanzamt abzuführen.

Wird der Fehler später bemerkt, besteht die Möglichkeit, die Rechnung zu korrigieren.

Die Rechnung muss folgenden

Inhalt haben:

1. Den vollständigen Namen und die vollständige Anschrift des leistenden Unternehmers und des Leistungsempfängers. Name und Anschrift des Arbeitsmediziners ergeben sich regelmäßig aus dem Inhalt des Briefpapiers.

Es ist darauf zu achten, dass auch der Leistungsempfänger genau bezeichnet wird.

2. Die dem leistenden Arzt vom Finanzamt erteilte Steuernummer oder die ihm vom Bundeszentralamt für Steuern erteilte Umsatzsteuer-Identifikationsnummer.

Eine Umsatzsteuer-Identifikationsnummer wird insbesondere vergeben, wenn Leistungen für Unternehmer in anderen EU-Ländern erbracht werden, das dürfte regelmäßig nicht der Fall sein. In der Praxis ist deshalb die Steuernummer, die für Umsatzsteuerzwecke vom Heimat-Finanzamt vergeben wurde, mit anzugeben.

3. Das Ausstellungsdatum der Rechnung.

4. Eine Rechnungsnummer, die vom Arzt zur Identifizierung der Rechnung einmalig vergeben wird. Die Organisation der Rechnungsnummer bleibt dem Aussteller überlassen.

5. Die Menge und die Art (handelsübliche Bezeichnung) der gelieferten Gegenstände oder den Umfang und die Art der sonstigen Leistung.

Da von Arbeitsmedizinern regelmäßig sonstige Leistungen erbracht werden, sind diese in der Rechnung genau zu beschreiben; die Lieferung von Gegenständen kann hin und wieder vorkommen, insbesondere, wenn Praxisgegenstände veräußert oder in Zahlung gegeben werden.

6. Der Zeitpunkt der sonstigen Leistung (in Ausnahmefällen der Lieferung) muss angegeben werden.

Die Finanzverwaltung lässt zu, wenn der Leistungsmonat angegeben wird.

7. Das Entgelt, grundsätzlich aufgeteilt nach einzelnen Steuersätzen und Steuerbefreiungen.

Für die steuerpflichtigen betriebsärztlichen Leistungen kommt regelmäßig der Steuersatz von 19 % zur Anwendung, bei Steuerbefreiung ist anzugeben, dass die sonstigen Leistungen aufgrund der Vorschrift des § 4 Nr. 14 UStG steuerbefreit sind.

8. Den anzuwendenden Steuersatz (regelmäßig 19%) sowie den auf das Entgelt entfallenden Steuerbetrag.

Bei elektronisch übermittelten Rechnungen ergeben sich Besonderheiten, ebenso in bestimmten, nicht so häufig vorkommenden Sonderfällen.

3. Aufbewahrung

Der Betriebsarzt hat ein Doppel der ausgestellten Rechnung zehn Jahre aufzubewahren.

Das Gleiche gilt im Übrigen auch für Eingangrechnungen.

Die Rechnungen müssen für den gesamten Zeitraum lesbar sein.

Die Zehnjahresfrist beginnt mit dem Schluss des Kalenderjahres, in dem die Rechnung ausgestellt wurde.

4. Kleinunternehmer

Werden nur geringe steuerpflichtige Leistungen ausgeführt, so ist die Kleinunternehmergrenze von 17.500,-- € jährlich zu beachten.

Maßgebend ist der Vorjahresumsatz; weiterhin darf der voraussichtliche Jahresumsatz die Grenze von 50.000,-- € nicht überschreiten.

Die Berechnung ist im Gesetz definiert und soll hier nicht im Einzelnen dargestellt werden.

Umsatzsteuerliche Kleinunternehmer dürfen in der Rechnung keine Umsatzsteuer ausweisen.

Zur Person



Wolfgang Rehmet

Steuerberater, Wirtschaftsprüfer und tätig als Gesellschafter der Capitalia Treuhand OHG Steuerberatungsgesellschaft in Bad Essen.

Dozent für Steuerrecht bei verschiedenen Lehrinstituten.